

Protokoll 37. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. Januar 2019, 21.00 Uhr bis 23.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Urs Fehr (SVP), Elena Marti (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Alan David Sangines (SP), Thomas Schwendener (SVP), Andri Silberschmidt (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
12. [2018/392](#) Dringliche Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018: VGU
Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation
13. [2018/413](#) E/T Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018: VGU
Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung
14. [2018/449](#) E/T Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018: VGU
Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin zum Wohnen zu Hause
15. [2018/453](#) E/T Postulat von Corina Gredig (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 21.11.2018: VGU
Generationendurchmischter Wohnraum als Standard bei städtischen Bauprojekten im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 16. | 2018/299 | E/T | Postulat von Susanne Brunner (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 22.08.2018:
Vermeidung von gesundheitlichen Risiken in den Alterszentren und Pflegeeinrichtungen aufgrund hoher Temperaturen während den Sommermonaten | VGU |
| 17. | 2018/384 | E/A | Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen | VGU |
| 18. | 2018/387 | E/A | Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung eines Lehrstellenverbands im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung | VGU |
| 19. | 2018/388 | E/A | Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren | VGU |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 36, Beschluss-Nr. 860/2019)

- 860. 2018/392**
Dringliche Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:
Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

876. 2018/413

Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:

Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ernst Danner (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 514/2018).

Marcel Bührig (Grüne) zieht den namens der Grüne-Fraktion am 14. November 2018 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die vom Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements geplante Revision der Altersstrategie unter Berücksichtigung der folgenden Ziele ausgestaltet werden kann:

- Die Altersstrategie umfasst ein Konzept für integrierte Dienstleistungen in den Bereichen soziale Einbindung, Wohnen, Betreuung und Pflege im Alter.
- Die Altersangebote von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbietern werden so aufeinander abgestimmt, dass die grösstmögliche Selbstständigkeit im Alter bzw. soweit möglich und von den Betroffenen erwünscht, der Verbleib in der bisherigen Umgebung gewährleistet ist. Dabei sollen Synergien zwischen ambulanten und stationären Angeboten gezielt verbessert werden.
- Die städtischen Dienstleistungen werden soweit sinnvoll dezentral in den Stadtkreisen bzw. Stadtgebieten angeboten. Die dezentralen Alterszentren vereinen alle Aspekte von Wohnen, Betreuung und Pflege und sind baulich, organisatorisch und personell in die örtlichen Strukturen eingebunden. Die ~~bestehenden~~ zentralen und dezentralen Organisations- und Führungsstrukturen werden verschlankt und vereinfacht aufeinander abgestimmt und optimiert.
- Dezentrale Anlaufstellen sind für die Altersfragen aller Interessierten („Stakeholder“) zuständig (Angehörige, ältere Menschen, Spitex, Heime, Spitäler und Ärzte). Sie koordinieren und vermitteln zusammen mit der Fachstelle «Wohnen im Alter» die Wohn-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbieter und unterstützen die Betroffenen. Die Fachstelle «Wohnen im Alter» wird in diese Anlaufstellen integriert.
- Die Finanzierung der Dienstleistungen wird - in Ergänzung zu den bundes- und kantonrechtlichen Regelungen - so ausgestaltet, dass im Alter für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt jene Lösungen möglich sind, die den persönlichen Bedürfnissen entsprechen und die grösstmögliche Eigenständigkeit fördern. Dabei übernimmt die Stadt eine Vorreiterrolle für die Entschädigung von Betreuungsaufgaben für Angehörige und von altersgerechten Anpassungen der Wohnung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Ernst Danner (EVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

877. 2018/449**Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018:
Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang
mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin
zum Wohnen zu Hause**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marion Schmid (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 598/2018).

Corina Ursprung (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat zusammen mit der Überarbeitung der Altersstrategie einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die angekündigte Verlagerung (vom stationären Bereich hin zu vom Leben zu Hause unterstützt mit Spitex-Leistungen) auf die Finanzierung der Unterstützung (Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft und Ähnliches) auswirkt. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen sowohl aus der Perspektive der Leistungsbezüger*innen als auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand und der Versicherungen als Kostenträger zu beleuchten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie gross wird der Anteil der älteren Bevölkerung geschätzt, die bei einem Ausbau der ambulanten Versorgung zusätzlich zu Hause leben könnte? Wie viele stationäre Plätze könnten aufgrund reduzierter Nachfrage abgebaut werden? und ~~w~~Welcher Mehraufwand würde dies bei den Spitex-Leistungen und anderen Dienstleistungen ergeben? Welchen Minderaufwand im stationären Bereich.
- Welche zusätzlichen Anforderungen stellt eine solche Verlagerung an spezifische Angebote (z.B. geriatrische Rehabilitation, Akut- und Übergangspflege, ambulante psychiatrische Betreuung ...) und wie kann deren Finanzierung für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die einzelnen Kostenträger (Leistungsbezüger*innen, öffentlichen Hand, Versicherungen)?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die Stadtkasse, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zusatz- und Ergänzungsleistungen?
- Wie wird gewährleistet, dass diese Verlagerung nicht zu Lasten der Angehörigen (durch Pflege und Betreuungsaufgaben sowie finanzielle Unterstützung) oder der Leistungsbezüger*innen geht?
- Wie wird gewährleistet, dass alle Bevölkerungsschichten die notwendige Unterstützung zu Hause finanzieren können und nicht aus finanziellen Gründen von Leistungen ausgeschlossen bleiben oder gegen ihren Willen in eine Langzeitinstitution eintreten müssen?

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Marion Schmid (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

878. 2018/453**Postulat von Corina Gredig (GLP) und Guy Kraysenbühl (GLP) vom 21.11.2018:
Generationendurchmischer Wohnraum als Standard bei städtischen Bauprojek-
ten im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Corina Gredig (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 602/2018).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie dafür gesorgt werden kann, dass in Zukunft bei städtischen Bauprojekten und der Vergabe von Baurechten generationen-durchmischter Wohnraum zum Standard wird. Ziel der Massnahme ist es, den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen für Senior_innen deutlich zu erhöhen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Corina Gredig (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

879. 2018/299

**Postulat von Susanne Brunner (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 22.08.2018:
Vermeidung von gesundheitlichen Risiken in den Alterszentren und Pflegeeinrichtungen aufgrund hoher Temperaturen während den Sommermonaten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 270/2018).

Markus Kunz (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 5. September 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er in allen Alterszentren und Pflegeeinrichtungen der Stadt Zürich bei alten Menschen, die in ihrer Privatwohnung oder in Institutionen leben, sicherstellen kann, dass Bewohnerinnen und Bewohner keinen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, welche durch anhaltend hohe Temperaturen während der Sommermonate verursacht werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Susanne Brunner (SVP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 89 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

880. 2018/384
Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Monika Bättschmann (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 445/2018).

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 68 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

881. 2018/387
Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung eines Lehrstellenverbunds im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 448/2018).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

882. 2018/388

Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:

Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 449/2018).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Marcel Savarioud (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Gesundheits- und Umweltdepartement für die Dienstabteilungen Alterszentren (ASZ) und Pflegezentren Zürich (PZZ) ein Stellenpool mit Pflegefachkräften, d.h. diplomierten Pflegefachpersonen HF, Fachpersonen Gesundheit (FaGe) und Fachpersonen Betreuung (FaBe), aufgebaut werden kann. Zudem ist dem Gemeinderat ein Bericht über die Hintergründe und Ursachen dieser Situation vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die personelle Situation in der Pflege darstellt (Abwesenheitsquoten, Fluktuation im Vergleich), wo und warum befristeter Ersatz nötig wird und nach welchen Kriterien er gewährt wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Marcel Bührig (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 86 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

883. 2019/51

Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 30.01.2019:

Verankerung des Konzepts «Diversität» in der städtischen Altersstrategie

Von der Grüne- und AL-Fraktion ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen der angekündigten Überprüfung der städtischen Alterspolitik das Konzept „Diversität“ in der Altersstrategie zu integrieren. Insbesondere soll er dafür garantieren, dass die Perspektive von (nationalen, Geschlechter- und sexuellen, etc.) Minderheiten und von Personen mit einer körperlichen, psychischen und/oder geistigen Behinderung bei der Situations- und Umfeldanalyse Eingang findet, so dass er entsprechende explizite strategische Handlungsfelder definieren kann.

Begründung:

Ende Oktober hat der Stadtrat mitgeteilt, dass er die städtische Alterspolitik überprüfen und folglich eine neue Altersstrategie mit künftigen Handlungsfeldern definieren möchte. Hierbei will er den Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen, da er davon ausgeht, dass „das Alter viele Gesichter hat“, welche in der Zukunft „noch vielseitiger werden“. Implizit wird damit suggeriert, dass im Gegensatz zur aktuellen Altersstrategie, welche die Vielfalt innerhalb moderner (alternder) Gesellschaften nur am Rand tangiert, die neue städtische alterspolitische Stossrichtung auf die Bevölkerungsdiversität Rücksicht nehmen wird.

Wie die Antwort des Stadtrats auf eine schriftliche Anfrage betreffend Betreuungsangebote für Personengruppen mit individuellen Lebensformen im Alter (GR 2018/346) zeigt, reicht die implizite Thematisierung von Diversität allerdings nicht. Denn obwohl der Stadtrat sich gegen jede Art von Diskriminierung bekennt, zeigen die Antworten, dass diese Maxime aktuell in den Alters- und Pflegezentren teils aus Unwissen (z. B. Verwechslung von Begrifflichkeiten), teils aus strukturellen Gründen (z. B. Unterrepräsentanz von Menschen mit Suchterkrankungen) und teils aus Mangel an kohärenten Strategien (z. B. Eröffnung und Schliessung der mediterranen Abteilung) trotz manchen Bemühungen noch nicht durchwegs gelebt wird.

In diesem Sinne bedarf es, dass der Stadtrat die Antidiskriminierungsoptik in seinen alterspolitischen Analysen explizit einfließen lässt, damit die verschiedenen Dienstabteilungen kurz-, mittel- und langfristige integrative Haltungen und Handlungsfelder entwickeln können, welche der Einbezug der verschiedenen Minderheiten Realität werden lässt.

Mitteilung an den Stadtrat

884. 2019/52

Postulat von Alexander Brunner (FDP), Pablo Bünger (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 30.01.2019:

Systematische Erfassung der Entwicklungen im Sexgewerbe, die durch die Digitalisierung ausgelöst werden sowie Bericht über die künftige Anpassung der Strategie des Sozialdepartements

Von Alexander Brunner (FDP), Pablo Bünger (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie neuere Entwicklungen im Sexgewerbe, ausgelöst durch die Digitalisierung, quantitativ wie auch qualitativ systematisch erfasst werden können. Zudem wird der Stadtrat gebeten, einen Bericht zu verfassen, welcher als Grundlage für eine zukünftige Anpassung der Strategie des Sozialdepartement dient.

Begründung:

Die Digitalisierung erfasst zunehmend auch das Sexgewerbe wie die Prostitution. Anbahnungen erfolgen vermehrt über das Internet und es treten neue Phänomene wie Pop-Up-Massagesalons oder die Vermittlung von Sex- wie Escortdienstleistungen auf einschlägigen Internetportalen auf. Diese neuen Angebote werden massgeblich durch das Internet ermöglicht. Diese neuen Entwicklungen wie deren Auswirkungen werden heute weder quantitativ noch qualitativ genügend erfasst. Dies gilt es zu ändern.

Mitteilung an den Stadtrat

885. 2019/53

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Christina Schiller (AL) vom 30.01.2019:

Aufbau eines Angebots für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden im Ambulatorium Kanonengasse

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Christina Schiller (AL) ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der stadtärztliche Dienst im Ambulatorium Kanonengasse ein niederschwelliges, spezifisches Angebot für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden aufbauen und betreiben kann. Das Angebot soll die spezifische mobile Situation

von Sexarbeitenden berücksichtigen und neben klassischen Beratung- und Behandlungsformen auch digitale Therapiemöglichkeiten beinhalten.

Begründung:

Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung sind Sexarbeitende häufiger von körperlichen und psychischen Gesundheitsproblemen betroffen. Im somatischen Bereich stellen sexuell übertragbare Infektionen für 80% der Sexarbeitenden ein Problem dar. Unerwünschte Schwangerschaften betreffen rund 15% der Sexarbeiter_innen. Studien gehen ausserdem davon aus, dass ca. 50% der Sexarbeitenden unter einer unbehandelten psychischen Störung leiden, bei 60% liege eine Abhängigkeitsproblematik (Alkohol, i.v. Drogenkonsum) vor. Gemäss Angaben des Stadtarztes verfügt der stadtärztliche Dienst aktuell über eine spezifische Infrastruktur (Ambulatorium Kanonengasse), in deren Rahmen die somatischen Probleme von Sexarbeitenden spezifisch abgeklärt und behandelt werden können. Ein entsprechendes Angebot, im welchem die psychischen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe angegangen werden könnten, existiert allerdings nicht. Ebenso verfügen die kantonalen Institutionen nicht über die spezifische (sexual-)therapeutische Expertise. Die letzte entsprechende Spezialsprechstunde (Spezialsprechstunde für Sexualmedizin) wurde am Universitätsspital Zürich im 2015 geschlossen.

In Anbetracht der prekären psychischen Gesundheitssituation der Gruppe der Sexarbeitenden gilt es diese Versorgungslücke unverzüglich zu schliessen. In Zusammenarbeit mit jenen stadtärztlichen, welche Sexarbeitende bereits heute somatisch betreuen, und in Kooperation mit den Stadtspitälern soll ein niederschwelliges Angebot kreiert werden, welche auf die spezifischen psychischen Problemen von Sexarbeitenden unter Berücksichtigung der dargestellten Gewalt- und Stigmatisierungsproblemen eingehen kann. In Anbetracht des hohen Mobilitätsgrads der Sexarbeitenden (siehe PGVO-Bericht) soll dieses neue Angebot nicht nur klassische Beratungs- und Behandlungsformen sondern auch digitale Therapiemöglichkeiten (z. B. via Skype) anbieten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

886. 2019/54

Schriftliche Anfrage von Felix Stocker (SP) und Simone Brander (SP) vom 30.01.2019:

Einsprache des Stadtrats im seilbahnrechtlichen Konzessions- und Plangenehmigungsverfahren zur Dreiseilumlaufbahn Mythenquai-Zürichhorn, Gründe für die Einsprache und deren Inhalt sowie Voraussetzungen für eine Veröffentlichung der Einsprache

Von Felix Stocker (SP) und Simone Brander (SP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat hat im Namen der Stadt Zürich beim Bundesamt für Verkehr BAV Einsprache im seilbahnrechtlichen Konzessions- und Plangenehmigungsverfahren zur Dreiseilumlaufbahn Mythenquai – Zürichhorn («ZüriBahn») erhoben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen hat der Stadtrat Einsprache gegen die Seilbahn-Konzession erhoben?
2. Was ist der Inhalt dieser Einsprache? (Bitte um eine weitestmöglich ungekürzte Wiedergabe und/oder Beilage der Einsprache).
3. Welche Punkte seiner Einsprache sind für den Stadtrat besonders zentral?
4. Die Interessengemeinschaft Pro Badi Mythenquai hat dem Stadtrat eine Petition gegen das Projekt mit über 2000 Unterschriften übergeben. Mit welchen Punkten seiner Einsprache setzt sich der Stadtrat für die darin geäusserten Bedürfnisse der Quartier- und Stadtbevölkerung ein?
5. Mit welchen Punkten der Einsprache berücksichtigt der Stadtrat das Bedürfnis der Bevölkerung nach den gemäss Plangenehmigungsverfahren einzuschränkenden Erholungsangeboten Seebad Mythenquai und Blatterwiese?
6. Mit welchen Punkten der Einsprache berücksichtigt der Stadtrat die umweltgefährdenden Aspekte des Projekts – namentlich die baulichen Eingriffe in die Uferschutzzone, das Fällen von Sandbirken, die Gefährdung der schützenswerten Bäume und den Landschaftsschutz?

7. Warum werden Einsprachen der Stadt Zürich nicht gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip von 2012 veröffentlicht?
8. Welche konkreten Gründe liegen im vorliegenden Fall vor, die gegen eine Veröffentlichung der Einsprache sprechen?

Mitteilung an den Stadtrat

887. 2019/55

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Përparim Avdili (FDP) vom 30.01.2019:

Entwicklungen im Bereich der Einbürgerungsgesuche, Zahlen zu den Einbürgerungsgesuchen, den Bearbeitungsfristen, den abgelehnten Gesuchen und zu den Rekursen gegen die Ablehnungsentscheide

Von Isabel Garcia (GLP) und Përparim Avdili (FDP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Anfang 2018 traten verschiedene Änderungen im Bereich des Bürgerrechts in Kraft, die insbesondere die Sprachkenntnisse, den Grad der Integration sowie die Wohnsitzfristen und den vorausgesetzten Aufenthaltstitel betreffen. Eine Transparenz der Zahlen rund um das Thema Einbürgerungen liegt im öffentlichen Interesse.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Einbürgerungsgesuche wurden in den Jahren 2009 bis 2018 eingereicht? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
2. Wie lange dauerte durchschnittlich eine Einbürgerung von der Einreichung des Gesuchs bis zur Erteilung des Bürgerrechts? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
3. Wie viele der eingegangenen Gesuche wurden vom Stadtrat abgelehnt, aus welchen Gründen erfolgte diese Ablehnung und welche Altersgruppen waren besonders von einer Ablehnung betroffen? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
4. Bei wie vielen der abgelehnten Einbürgerungsgesuchen wurde im Anschluss von den Gesuchstellenden ein Rekurs eingereicht und wie wurden diese Rekurse jeweils entschieden? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
5. Wie viele der eingegangenen Gesuche wurden im Verlauf des Einbürgerungsprozesses von den Gesuchstellenden zurückgezogen und aus welchen Gründen erfolgte dieser Rückzug? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
6. Legt der Stadtrat beim Vorliegen von aussichtslosen Einbürgerungsgesuchen den Gesuchstellenden jeweils nahe, dieses zurückzuziehen? Wenn ja, wie viele Gesuche waren 2009 bis und mit 2018 betroffen?

Mitteilung an den Stadtrat

888. 2019/56

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) vom 30.01.2019:

Angebot an Behindertenparkplätzen, Zahlen zu den aufgehobenen und neu geschaffenen ober- und unterirdischen Parkplätzen sowie Strategie und Möglichkeiten zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Beim Bahnhof Stadelhofen wurden in kurzer Zeit oberirdisch mindestens drei Behindertenparkplätze aufgehoben. In der Tiefgarage wurden zwar neue Parkplätze vorgesehen, jedoch bedeutet das für die Menschen mit einer Gehbehinderung einen grossen Qualitätsabbau.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Kenntnis von dem Parkplatzabbau, z.B. auf dem SBB-Areal Stadelhofen? Wie stellt die Stadt sicher, dass genügend private und öffentliche Behinderteparkplätze oberirdisch zur Verfügung stehen?
2. Wie viele oberirdische Behindertenparkplätze wurden in den letzten 5 Jahren aufgehoben? Bitte um Aufstellung nach Stadtkreis und wenn möglich nach privaten (auf Privatgrundstück) und öffentlichen (auf städtischem Boden).
3. Wie viele Behindertenparkplätze wurden während der letzten 5 Jahre oberirdisch und unterirdisch geschaffen? Bitte um Aufstellung pro Stadtkreis und Unterscheidung nach ober- oder unterirdisch.
4. Welche grundsätzliche Strategie verfolgt der Stadtrat in Bezug auf Behindertenparkplätze Parkplätze in den nächsten 5 - 10 Jahren? Sind diese Plätze vom Parkplatzabbau ebenfalls betroffen?
5. Falls der Stadtrat plant, Behindertenparkplätze abzubauen oder vermehrt unterirdisch zu planen, wie stellt sich der Stadtrat zu den Bedürfnissen der Menschen mit einer Behinderung? Resp. sieht der Stadtrat kein Problem darin, dass die betroffenen Personen zunehmend weitere Wege in Kauf nehmen müssen und allenfalls sogar in der Bewegungsfreiheit wieder eingeschränkt werden?
6. Falls der Stadtrat beabsichtigt, die Anzahl Behindertenparkplätze zu erhöhen: wie bemisst er den Mehrbedarf und welchen Mehrbedarf sieht er in den nächsten 5 Jahren?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 6. Februar 2019, 17 Uhr.